

DER „KUNDUSFALL“ ALS ANLASS FÜR EINE GRUNDLEGENDE DISKUSSION ÜBER DEN DEUTSCHEN AFGHANISTANEINSATZ?

PAVEL DVOŘÁK

Abstract

Airstrike in Kunduz: A Fundamental Change in Germany's Afghanistan Debate?

This article focuses on to what extent has the German public debate on the ISAF mission in Afghanistan in general and German deployment in particular changed following the September 4, 2009, airstrike in Kunduz. It explores wider ramifications of the deadly attack, ordered by a German NATO commander. Attention is given to the consequences associated with the Kunduz airstrike, particularly its impact on the decline in public support for German involvement in Afghanistan.

Keywords: Afghanistan, Kunduz, ISAF mission, Bundeswehr, Germany, security, public support

Einleitung

Der Afghanistaneinsatz gehört in den letzten Jahren zu den am meisten diskutierten und zugleich problematischsten Fragen der internationalen Sicherheitspolitik. Seit dem Ende des Jahres 2001 bemühen sich die internationalen Kräfte, neben dem Kampf gegen Terror, den Frieden in Afghanistan wiederherzustellen, das Land zu stabilisieren und eine befriedigende wirtschaftliche und politische Entwicklung zu gewährleisten. Trotz des Engagements der internationalen Gemeinschaft und der steigenden Zahl ausländischer Soldaten im Land wird dieses Vorhaben nur teilweise realisiert. Es mangelt vor allem an Sicherheit, was hauptsächlich durch den Kampf der Aufständischen bzw. Talibankämpfer gegen die internationalen Truppen vor Ort verursacht wird. Zugleich wird die wirtschaftliche Wiederherstellung des Landes dadurch eingeschränkt.

Deutschland engagiert sich in Afghanistan seit Dezember 2001 als Teil der internationalen Gemeinschaft und stellt im Rahmen der Mission International

Security Assistance Force (ISAF), die durch die Resolution 1386 des UN-Sicherheitsrates vom 12. September 2001 legitimiert wird, die drittgrößte Truppe bereit.¹ Die deutschen Einheiten übernahmen die Verantwortung für den Bereich im Norden Afghanistans, der lange Zeit relativ ruhig war im Vergleich zum Osten und Süden des Landes, wo die härtesten Kämpfe stattfanden. Heutzutage dürfen aufgrund des Afghanistanmandats des Deutschen Bundestages, welches am 28. Januar 2011 um ein Jahr verlängert wurde, in Afghanistan höchstens 5 350 Soldatinnen und Soldaten eingesetzt werden.²

Zwar steigen seit dem Beginn des Afghanistaneinsatzes stetig die Zahlen der deutschen Soldaten sowie der Umfang des deutschen Engagements im Lande an, jedoch gelingt es nicht, diese Entwicklung in Einklang zu bringen mit einer öffentlichen deutschen Unterstützung des Einsatzes. Je länger der deutsche Einsatz am Hindukusch dauert, desto größer wird der deutsche Unmut gegen das militärische Engagement in diesem Land. Zurzeit lehnt die Mehrheit der deutschen Bevölkerung den militärischen Einsatz ab und die Unterstützung sinkt kontinuierlich. Für diesen Trend gibt es mehrere Gründe. Man spricht vor allem darüber, dass es in Deutschland an einer öffentlichen und politischen Debatte über den Afghanistan-einsatz fehlt, was sich in der sinkenden öffentlichen Unterstützung widerspiegelt. Das bestätigen viele Meinungsumfragen zu diesem Thema. Demzufolge verstehen die Deutschen nicht, warum sich Deutschland in Afghanistan militärisch engagiert und auch weiter engagieren sollte.

Die Bundesregierung beharrt zwar entschieden darauf, weiter am Wiederaufbau Afghanistans teilzunehmen, aber die Abnahme der öffentlichen Unterstützung können die Politiker in Deutschland nicht ignorieren. Diese Tendenz wurde im Zusammenhang mit dem Luftangriff auf zwei entführte Benzintanklaster in Kundus am 4. September 2009 noch verstärkt. Auf den Befehl des deutschen Oberst Georg Klein wurde eine Gruppe von Talibankämpfern und afghanischen Zivilisten bombardiert. Wenn man die Reaktion auf diesen Angriff auf Seiten der Politik betrachtet, stellt sich die Frage, ob dieses Ereignis neue Konturen in die öffentliche und politische Debatte in Deutschland über den Afghanistaneinsatz gebracht hat.

Mit anderen Worten verfolgt dieser Aufsatz, der als eine Einzelfallstudie konzipiert wird, das Anliegen, die Frage zu beantworten, inwieweit sich die deutsche

¹ „International Security Assistance Force (ISAF): Key Facts and Figures“, <http://www.isaf.nato.int/images/stories/File/Placemats/100706%20Placemat.pdf> (letzter Zugriff: 20. 8. 2011).

² „Afghanistan: Zahlen und Fakten“. Offizielle Seite der Bundesregierung: http://www.bundesregierung.de/nn_246856/Content/DE/Artikel/Afghanistan/ZahlenDatenFakten/2007-08-22-zahlen-daten-fakten.html (letzter Zugriff: 20. 5. 2011).

öffentliche und politische Debatte über den Afghanistaneinsatz aufgrund des Vorfalles am 4. September 2009 veränderte. Kann dies als veränderndes Moment für eine neue Diskussionskultur zum Afghanistaneinsatz betrachtet werden? Gleichzeitig wird analysiert, welche Konsequenzen diese Bombardierung auf die öffentliche Unterstützung der deutschen Bevölkerung für den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan hatte. Dabei werden unter anderem die Meinungsumfragen zu diesem Thema relevant sein. Bevor man allerdings versucht, eine Antwort auf diese Frage zu finden, muss man zuvor die deutsche Debatte über den Afghanistaneinsatz noch vor dem 4. September 2009 und anschließend die Umstände des Luftangriffes in Kundus analysieren. Daraufhin wird auf die einzelnen Aspekte der Entwicklung in der öffentlichen und politischen Debatte nach diesem Vorfall grundlegend eingegangen.

Mangel an der Debatte

Wie bereits angedeutet wurde, hat es im Zusammenhang mit dem Afghanistaneinsatz einen Mangel an politischer und öffentlicher Debatte gegeben. Dies könnte unter anderem Auswirkungen auf die niedrige öffentliche Unterstützung für den Afghanistaneinsatz gehabt haben. Zu Beginn des Einsatzes sprach sich die Mehrheit der Bevölkerung noch für eine Intervention aus. Die Einstellung der Deutschen zum militärischen Engagement in Afghanistan wurde durch die Anschläge von Al Qaida auf die Vereinigten Staaten beeinflusst. Die entschlossenen und im Grunde genommen geeinten Reaktionen der deutschen Regierung waren prägend, was die Unterstützung der USA im Kampf gegen das Regime der Taliban angeht. Mit Ausnahme der Partei Die Linke stimmten alle im Bundestag vertretenen Parteien, CDU, CSU, SPD, FDP und die Grünen dem Afghanistanmandat zu, Bundeskanzler Gerhard Schröder sprach über „uneingeschränkte Solidarität“. Damit stellte sich Deutschland entschieden hinter die Vereinigten Staaten und versprach seine Teilnahme am Einsatz.

Trotz der großen öffentlichen Unterstützung für den Afghanistaneinsatz in den ersten Jahren der Mission veränderte sich die Einstellung der Deutschen dazu im Verlauf der Jahre grundlegend. Die Bereitschaft der deutschen Öffentlichkeit, sich fast fünftausend Kilometer von Berlin entfernt militärisch zu engagieren, sank schrittweise. Während im September 2005 dem Forschungsinstitut Forsa zufolge noch 34 % der Befragten den Abzug der deutschen Soldaten aus Afghanistan forderten, waren es im September 2009 bereits 55 %.³ Welche Gründe stecken

³ „Regierung: Kein neues Mandat nötig“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 14. April 2010.

dahinter? Wie konnte so eine große Zustimmungsrate während der relativ kurzen Zeit verloren gehen? Einiges wurde durch externe Faktoren wie Verschlechterung der Sicherheitslage in Afghanistan, fehlerhafte Politik der internationalen Gemeinschaft und einen langsamen Fortschritt bei der wirtschaftlichen und politischen Wiederherstellung des Landes verursacht. Es drängt sich jedoch der Eindruck auf, dass in Deutschland etwas in diesem Bereich versäumt wurde.

Freilich muss hier ergänzt werden, dass die in Deutschland durchgeführten Meinungsumfragen das Leitbild der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik, die sogenannte „Kultur der Zurückhaltung“ bestätigten. Die Mehrheit der Deutschen ist für eine militärische Zurückhaltung in Hinblick auf eine aktive Teilnahme an Kampfeinsätzen.⁴ Das hängt vor allem mit der Nachkriegsgeschichte Deutschlands zusammen, in deren Verlauf eine „öffentliche Grundstimmung gegen Kriegseinsätze jeder Art verfestigt“ wurde.⁵

Ausblendung der Realität

Viele Experten kamen nach einigen Jahren zu dem Schluss, dass der Afghanistaneinsatz nicht genügend auf der politischen und öffentlichen Ebene diskutiert wurde.⁶ Vor allem fehlte es an der politischen Bereitschaft, sich mit dem Afghanistaneinsatz und seinen Zusammenhängen zu befassen. Der Politologe Eric Chauvistré ist der Ansicht, dass die Bundesregierung nicht nur die Öffentlichkeit unzureichend informierte, sondern auch viele Probleme in Afghanistan relativierte. Auch einige Abgeordnete des Deutschen Bundestages, die über die Auslandseinsätze entschieden, wussten nicht ausreichend über die realen Bedingungen und Tätigkeiten der Bundeswehr vor Ort Bescheid.⁷ Die Hauptfrage in der Debatte hätte lauten müssen: Warum ist Deutschland eigentlich in Afghanistan? Über diese Frage wurde während der Regierungen von Bundeskanzler Gerhard Schröder und später Angela Merkel in der Öffentlichkeit und auch im Parlament keine entsprechende Debatte geführt.⁸

⁴ Georg Löfflmann, *Verteidigung am Hindukusch? Die Zivilmacht Deutschland und der Krieg in Afghanistan* (Hamburg: Diplomica Verl., 2008), 65.

⁵ Hans Joachim Gießmann und Armin Wagner, „Die Bundeswehr im Auslandseinsatz: Eine Standortbestimmung“, in *Armee im Einsatz: Grundlagen, Strategien und Ergebnisse einer Beteiligung der Bundeswehr*, hrsg. v. Hans Joachim Gießmann (Baden-Baden: Nomos Verlag, 2009), 23.

⁶ *Ibid.*, 16; und Dieter Weiss, „Deutschland am Hindukusch“, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 43 (Oktober 2008): 10.

⁷ Eric Chauvistré, „Robuste Illusionen“, *Internationale Politik*, Nr. 64 (März 2009): 86, 91.

⁸ Ahmed Rashid, „Keine Lizenz zum Kämpfen. Warum Deutschland in Afghanistan versagt hat“, *Internationale Politik* 64 (November/Dezember 2009): 119.

Infolgedessen wurde das Thema weder öffentlich noch politisch diskutiert. Der Politik gelang es nicht, der deutschen Gesellschaft die politischen und militärischen Folgen des Afghanistaneinsatzes zu vermitteln. Die deutsche Bevölkerung bekam folglich nicht alle Informationen von der tatsächlichen Lage in Afghanistan und der Rolle der Bundeswehr. Die Ursache dafür sieht Chauvistré in einem Fehlverhalten der Bundesregierung. Entweder wählten die Regierungsmitglieder nicht den richtigen Kommunikationsweg oder ihnen fehlte schlicht der politische Wille.⁹

Georg Löflmann ist der Meinung, dass die grundsätzliche Debatte im Parlament und in der Öffentlichkeit über den Afghanistaneinsatz vermieden werden sollte, mit dem Ziel, aus dem Krieg am Hindukusch kein „sichtbares Thema“ in Deutschland werden zu lassen.¹⁰ Was steckte hinter dieser Bemühung? Aufgrund der sinkenden öffentlichen Unterstützung am militärischen Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan waren die deutschen Politiker nicht bereit, sich mit diesem Thema zu identifizieren und dafür einzusetzen. Die Befürchtung, dass sie infolgedessen von den Wählern bei den nächsten Wahlen dafür abgestraft werden würden, war groß. Vor allem im Falle von Opfern aus den eigenen Reihen.¹¹

Gale Mattox, Analytiker des American Institute for Contemporary German Studies, sieht hinter dieser Befürchtung unter anderem auch eine Unklarheit der Politiker darüber, wie weit die deutschen Sicherheitsinteressen eigentlich reichen. Damit dies klar wird, müssten die Politiker der breiten deutschen Öffentlichkeit eine Grundsatzdebatte aufzwingen. Jedoch ist es dazu noch nicht gekommen. Zu klären wäre vor allem folgende Frage: Welche Rolle sollte die Bundeswehr, beziehungsweise Deutschland, auf der internationalen Ebene spielen? Anfangen sollte man zuerst damit, die Bedeutung des Afghanistaneinsatzes für Deutschland zu begreifen. Mithilfe dessen wäre es dann möglich, die Gründe für die Teilnahme am Kriegseinsatz der deutschen Bevölkerung zu erklären und zu vermitteln.¹² Wichtige Rollen dabei sollten die entsprechenden Ministerien und der Deutsche Bundestag einnehmen.¹³

Dazu ist eine offene sicherheitspolitische Debatte notwendig, die Bedrohungen und Risiken für Sicherheit und Stabilität nennt und klar die Sicherheitsinteressen

⁹ Chauvistré, „Robuste Illusionen“, 92.

¹⁰ Löflmann, *Verteidigung am Hindukusch*, 73.

¹¹ Peter Bender, „Deutsche Außenpolitik: Vernunft und Schwäche“, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 43 (Oktober 2008): 4.

¹² Gale A. Mattox, „Germany and Elections: Dodging the Afghanistan Bullet“, *AICGS Transatlantic Perspectives* (June 2009): 1–5.

¹³ Michael Rühle, „Afghanistan, Deutschland und die NATO“, *Sicherheit und Frieden*, Nr. 1 (2009): 7.

des Landes darlegt. Dies klar anzusprechen und eine entsprechende Antwort auf damit verbundene Herausforderungen zu formulieren ist eine zentrale Aufgabe der Bundesregierung. Auch wenn dies gelingen sollte, müssten die Politiker nicht nur das Bekenntnis zu diesen Interessen beweisen, sondern auch die Bereitschaft zeigen, sie pro-aktiv und konsequent zu vertreten. Das bezieht sich auch auf die Kommunikationsarbeit mit der Öffentlichkeit, die auf die Vermittlung der sicherheitspolitischen Interessen und Entscheidungen der Bundesregierung zugeschnitten sein müsste.¹⁴

Es ist in diesem Zusammenhang wichtig hervorzuheben, dass für eine erfolgreiche Kommunikationsarbeit die Glaubwürdigkeit von politischen Akteuren entscheidend ist. Diese ist gegeben, wenn es keine Diskrepanz zwischen dem sicherheitspolitischen Auftreten der Bundesregierung auf der internationalen Ebene, wie im Falle der Auslandseinsätze der Bundeswehr, und der entsprechenden politischen Kommunikation gibt. Diese muss zugleich klar begründet werden, damit die Menschen zum Beispiel die Notwendigkeit und Bedeutung der Auslandseinsätze verstehen können.¹⁵ Wenn die Überzeugungsarbeit der Politiker erfolgreich und der Kommunikationsprozess mit der eigenen Bevölkerung offen und begründet ist, lässt sich aufgrund dessen teilweise die Zustimmung der Bevölkerung und deren Unterstützung gewinnen. Auch bezüglich des Einsatzes der Bundeswehr im Ausland.

Einiges spricht dafür, dass die Bundesregierung versuchte, die deutsche Bevölkerung an die Auslandseinsätze allmählich zu gewöhnen, in dem Sinne, dass aufgrund der pazifistischen Einstellung der Deutschen die Auslandseinsätze der Bundeswehr teilweise als humanitäre Interventionen und die deutschen Soldaten als Entwicklungshelfer dargestellt wurden.¹⁶ Dagegen gab es in der deutschen Öffentlichkeit keinen großen Widerstand und die Deutschen gewöhnten sich an die gefahrlosen Bundeswehreinätze im Ausland. Während am Anfang des Afghanistaneinsatzes solche Darstellungen noch haltbar waren, wurde es später nicht mehr möglich, diese in Einklang mit der Realität in Afghanistan zu bringen. Die Aufgaben der deutschen Soldaten vor Ort veränderten sich grundlegend und man spricht seit dem Jahre 2008 eher über einen Kampfeinsatz.

Was die Rhetorik der Begründung des Afghanistaneinsatzes von Seiten der deutschen Politiker angeht, setzte sich am häufigsten die Formel „im deutschen

¹⁴ Thomas Bauer und Sarah Seeger, „Politische Kommunikation zwischen politischen Eliten und Bevölkerung – Leitfaden für eine sicherheitspolitische Debatte in Deutschland“, *CAP Analyse*, Nr. 1 (März 2008): 6.

¹⁵ *Ibid.*, 6.

¹⁶ Carlo Masala, „Möglichkeiten einer Neuorientierung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik“, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 43 (2008): 25.

Interesse“ durch. Und zwar als eine nötige Voraussetzung für die Teilnahme der Bundeswehr am Auslandseinsatz. Das bloße Erwähnen dieser Formulierung darf jedoch nicht als einzige Begründung für eine deutsche Teilnahme an der Intervention dienen.¹⁷ Die Wendung „im deutschen Interesse“ wirkt ziemlich abstrakt, wenn nicht klar ist, was dieses Interesse eigentlich ist. Darauf weist Markus Kaim hin, wenn er konstatiert, dass die deutsche Politik damit „den Eindruck von Konzeptionslosigkeit erweckt“. Darüber hinaus beeinflusst das in negativer Weise ebenfalls den niedrigen Kenntnisstand der deutschen Bevölkerung bezüglich des Afghanistaneinsatzes.¹⁸

Nicht zu vergessen ist in diesem Zusammenhang der berühmte Satz vom 5. Dezember 2002 vom damaligen Verteidigungsminister Peter Struck, dass „die Sicherheit Deutschlands auch am Hindukusch verteidigt wird“. Auch wenn die Bedeutung dieser Aussage im akademischen Bereich eingehend diskutiert wurde, fand sie keine große Resonanz auf der politischen Ebene.

Ende der Illusion

Aufgrund der fehlenden Darstellung der realen Situation in Afghanistan wurde die deutsche Öffentlichkeit nicht über die Risiken informiert, die die deutschen Soldaten im Einsatz eingehen. Die Deutschen nahmen lange Zeit den Afghanistaneinsatz der Bundeswehr als eine Art der Stabilisierungsmission wahr, beziehungsweise als eine notwendige Maßnahme im Kampf gegen den internationalen Terrorismus.¹⁹ Der Einsatz, in dessen Rahmen die Bundeswehr nach dem ursprünglichen Mandat hauptsächlich Brücken und Schulen bauen, Brunnen bohren und sich teilweise um die Sicherheit der Afghanen kümmern sollte, veränderte sich grundlegend, als eine Verschlechterung der Sicherheitslage eintrat und die Aufständischen einen Machtzuwachs verzeichneten.²⁰ Diesen Wandel merkte die deutsche Bevölkerung jedoch nicht. Der Afghanistaneinsatz wurde nach wie vor als „Entwicklungshilfe in Uniform“ wahrgenommen.²¹

¹⁷ Richard Herzinger, „Zögern ist kein Masterplan. Helfen möchten wir schon gerne. Aber nicht mit humanitären Interventionen“, *Internationale Politik*, Nr. 64 (Januar 2009): 91.

¹⁸ Markus Kaim, „Deutsches Interesse versus Bündnisverpflichtung: Zur Frage nationaler Handlungsspielräume bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr“, in *Armee im Einsatz: Grundlagen, Strategien und Ergebnisse einer Beteiligung der Bundeswehr*, hrsg. v. Hans Joachim Gießmann (Baden-Baden: Nomos Verlag, 2009), 180.

¹⁹ Henning Riecke, „Mehr Einsatz in Afghanistan. Deutschland kann Obama konkrete Kooperationsangebote machen“, *Internationale Politik*, Nr. 64 (Januar 2009): 40.

²⁰ Ralf von Beste et al., „Tot oder lebendig“, *Der Spiegel*, Nr. 22 (2009).

²¹ Weiss, „Deutschland“, 10.

Es zeigte sich dabei, dass das erste Mandat der Streitkräfte für den Afghanistaneinsatz vom 21. 12. 2001 nur unzureichend der Öffentlichkeit vermittelt wurde. Nach dem Mandat ist die ISAF „autorisiert, alle erforderlichen Maßnahmen einschließlich der Anwendung militärischer Gewalt zu ergreifen, um den Auftrag gemäß Resolution 1386 (2001) durchzusetzen. Die Wahrnehmung des Rechts zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung bleibt davon unberührt. Den im Rahmen dieser Operation eingesetzten Kräften wird auch die Befugnis zu Wahrnehmung des Rechts auf bewaffnete Nothilfe zugunsten Jedermann erteilt“.²² Solch eine Formulierung entsprach nicht gerade der öffentlichen Vorstellung von einem Entwicklungshelfer, der nicht kämpfen darf.

Eine wichtige Rolle spielt dabei die Tatsache, dass die Deutschen stets das militärische Engagement der deutschen Truppen im Rahmen der internationalen Einsätze als ein Instrument der Stabilisation und Aufrechterhaltung des Friedens nach dem Konflikt ohne direkten Einfluss auf die Sicherheit Deutschlands betrachteten.²³ Es zeigte sich, dass sich die sicherheitspolitische Wahrnehmung der deutschen Bevölkerung im Vergleich zum Anfang der neunziger Jahre nicht veränderte. Damals begrenzte sich die Aufgabe der Bundeswehr im Auslandseinsatz wirklich nur auf eine Stabilisierungsrolle. Diese Vorstellung war bezüglich des Afghanistaneinsatzes nicht mehr aufrechtzuerhalten.²⁴ Es ging nicht mehr nur um zivile Aufbauhilfe, sondern eher um einen Kampfeinsatz.

Das Bild des deutschen Soldaten als einen Kämpfer, der dazu berechtigt ist, den Feind zu töten, wird allerdings in der öffentlichen und politischen Debatte „tabuisiert“.²⁵ Das spiegelt sich auch in den Restriktionen für das Afghanistanmandat wider, die den aktiven Kampfeinsatz der deutschen Soldaten in diesem Land praktisch ausschließen.²⁶

Des Weiteren beeinflusste die Einstellung der Bevölkerung zum Afghanistaneinsatz die angeblich klare Trennung zwischen der Missionen ISAF und OEF, woran die Bundesregierung festhielt. Die Deutschen glaubten teilweise, dass die ISAF „eine friedliche Wiederaufbautruppe und OEF dagegen rücksichtslose Terroristenjäger“ seien.²⁷ Jedoch entsprach diese Vorstellung nicht den realen Bedin-

²² Antrag der Bundesregierung über die Beteiligung deutscher Streitkräfte an ISAF vom 21. 12. 2001. Drucksache des 14. Deutschen Bundestags 14/7930, Berlin 2001, 3–4.

²³ Rühle, „Afghanistan“, 4.

²⁴ Timo Noetzel und Benjamin Schreer, „Ende einer Illusion“, *Internationale Politik* 63 (Januar 2008): 96–101.

²⁵ Löffmann, *Verteidigung*, 75.

²⁶ *Ibid.*, 12.

²⁷ Can Meroy, *Die afghanische Misere. Warum der Westen am Hindukusch zu scheitern droht* (Weinheim: Wiley-VCH, 2008), 223.

gungen vor Ort. Beide Missionen konnten aufgrund vieler Überschneidungen und Kooperation nicht strikt getrennt werden.²⁸ Auch das trug zum verzerrten Bild der deutschen Bevölkerung über den Auslandseinsatz in Afghanistan bei.

„Freundliches Desinteresse“

Wie wichtig ist eigentlich der Afghanistaneinsatz für die deutsche Bevölkerung? Er scheint für die Mehrheit der Deutschen eher etwas Abstraktes zu sein, was keinen Einfluss auf ihr Leben hat. Obwohl man Soldaten nach Afghanistan schickt, welche sich vor Ort großer Gefahr aussetzen, interessiert sich die deutsche Öffentlichkeit nicht wirklich für das Land.²⁹ Dies definierte der damalige Bundespräsident Horst Köhler im Jahre 2005 treffend als „freundliches Desinteresse“.³⁰ Auch wenn Köhler damit vor allem das Interesse der Deutschen gegenüber der Bundeswehr meinte.

Angesichts des Endes des Kalten Krieges und der Einigung Europas ist Deutschland heutzutage von Freunden, beziehungsweise Verbündeten, umgeben. Die Konflikte heutiger Natur finden geografisch weit entfernt statt. Das hat natürlich einen Einfluss auf die Mehrheit der deutschen Öffentlichkeit, denn der Afghanistaneinsatz wird nicht als unmittelbare Gefährdung Deutschlands wahrgenommen. Daher fehlt es nicht nur an Interesse, sondern auch anschließend an einer umfassenden Debatte über die sicherheitspolitische Ausrichtung Deutschlands.³¹ Hinzu kommt, dass sich die Deutschen nicht genug über die Einsätze der Bundeswehr informiert fühlen. Das hat im Jahre 2003 eine Umfrage des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr belegt.³²

Aufgrund des öffentlichen Desinteresses im Zusammenhang mit dem Afghanistaneinsatz, überrascht es nicht, dass zu den meist verfolgten Ereignissen in diesem Bereich der Skandal um die Totenschädel gehörte. Im Herbst 2006 veröffentlichte die Bild Zeitung einige pietätlose Fotos aus dem Einsatzgebiet in der Nähe der Hauptstadt Kabul, auf denen eine Gruppe von deutschen Soldaten mit

²⁸ Ibid., 222.

²⁹ Stefan Kornelius, *Der unerklärte Krieg. Deutschlands Selbstbetrug in Afghanistan* (Hamburg: Körber-Stiftung, 2009), 13.

³⁰ Löffmann, *Verteidigung*, 68.

³¹ Kirsten Verclas, „Fehlende sicherheitspolitische Debatte in Deutschland: Ursachen, Folgen und Strategien“, in *Eine neue Sicherheitsarchitektur – Impulse für die nationale Strategiedebatte*, hrsg. v. Robert Glawe (Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag, 2009), 97.

³² Thomas Bulmahn, *Bevölkerungsbefragung 2004: repräsentative Befragung zum sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbild in Deutschland* (Strausberg: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, 2004), 31.

sterblichen Überresten posierte.³³ Viele Menschen und Politiker wurden vom Verhalten der deutschen Soldaten schockiert. Als Ergebnis begann eine Debatte über den Zustand der Streitkräfte, auch im Hinblick auf den Afghanistaneinsatz und des militärischen Engagements der Bundeswehr. Weil der Fall auch die Sicherheit der in Afghanistan stationierten Soldaten bedrohte und das Ansehen Deutschlands im Lande grundlegend hätte beschädigen können, entließ die Bundeswehr nach einer schnellen Untersuchung die betroffenen Soldaten.³⁴

Den wissenschaftlichen Mitarbeitern des Centrums für angewandte Politikforschung in München, Thomas Bauer und Sarah Seeger zufolge ist der Foto-Skandal und seine mediale Darstellung ein Beleg für das „angeschlagene Verhältnis zwischen einer Zivilgesellschaft, die nur wenig Verständnis für die genaueren Umstände der Auslandseinsätze der Bundeswehr zeigt, und den Streitkräften, die ebenso wie die Diplomaten und zivilen Wiederaufbauhelfer zum sicherheitspolitischen Engagement Deutschlands beitragen“.³⁵

Fast zeitgleich mit dem Skandal um die Totenschädel veröffentlichte das Bundesministerium für Verteidigung ein sicherheitspolitisches Dokument, welches die deutschen sicherheitspolitischen Interessen definieren sollte. Das Weißbuch bezeichnete unter anderem die Bundeswehr als eine Armee im Einsatz und spezifizierte die Voraussetzungen für die Auslandseinsätze. Aus dem Dokument geht hervor, dass vor jedem militärischen Einsatz geprüft werden muss, ob dieser mit den deutschen Interessen übereinstimmt.³⁶ Diese Interessen benannte das Weißbuch jedoch nur unscharf oder vage.³⁷ Das gilt auch für die Definition der Rahmenbedingungen, die für einen Einsatz der Bundeswehr im Ausland erfüllt sein sollten.

Eine andere Möglichkeit für den Fortschritt in der Debatte über den Afghanistaneinsatz bot sich im Jahr 2007, als das Bundeswehr-Mandat für den ISAF Einsatz verlängert und zugleich über den Tornadoeinsatz in Afghanistan entschieden werden sollte. Die Partei Die Linke versuchte dabei, die Entsendung der Aufklärungsflugzeuge im Rahmen der ISAF nach Afghanistan zu verhindern, indem sie eine Verfassungsklage einleitete.³⁸ Der Linken zufolge „beteiligt sich die

³³ „Skandalfotos offenbar von Gebirgsjägern“, *Handelsblatt*, 25. Oktober 2006.

³⁴ Bauer und Seeger, „Politische Kommunikation“, 7.

³⁵ *Ibid.*, 7.

³⁶ Stefan Fröhlich, „Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik im Rahmen der EU“, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 43 (2008): 16–17.

³⁷ Gießmann und Wagner, „Die Bundeswehr im Auslandseinsatz“, 14.

³⁸ Es wurde in der Klage argumentiert, dass sich aufgrund des Einsatzes in Afghanistan der Aufgabenbereich der NATO weit über den ursprünglichen von 1955 hinaus entwickelt hat.

Bundeswehr durch den Tornado-Einsatz direkt am Krieg“.³⁹ Gerade dieser Einsatz wäre eine gute Gelegenheit gewesen, die Frage zu beantworten, unter welchen Bedingungen sich Deutschland an solchen Operationen beteiligt.⁴⁰ Das passierte jedoch nur innerhalb eines Expertenkreises und die Gelegenheit, den Afghanistaninsatz ausführlich in Politik und Öffentlichkeit zu diskutieren, wurde versäumt. Was die Verfassungsklage angeht, erklärte das Bundesverfassungsgericht im Juli 2007, dass der Afghanistaninsatz im Einklang mit dem Grundgesetz stehe.

Die Analytiker des CAP griffen in ihrer Analyse noch eine weitere Gelegenheit auf, die die Debatte über den Afghanistaninsatz hätte voranbringen können. Damit ist die öffentliche Bitte von US-Verteidigungsminister Robert Gates vom Anfang des Jahres 2008 an die Mitglieder der NATO um mehr militärische Unterstützung im Süden Afghanistans gemeint. Die Bundesregierung lehnte diesen Wunsch aber relativ schnell ab, was zu einer heftigen Debatte über die Bündnis-solidarität Deutschlands führte.⁴¹

Darüber hinaus erklärten im Jahre 2008 die Abgeordneten des Deutschen Bundestages im Lichte der Verschlechterung der Lage in Afghanistan und der sinkenden öffentlichen Unterstützung zum Afghanistaninsatz, einschließlich der Regierungsmitglieder der Großen Koalition, die Bereitschaft und zugleich Notwendigkeit, den Sinn des militärischen Engagements in Afghanistan der deutschen Öffentlichkeit mehr zu erklären. Die Abgeordnete Birgit Homburger wollte vor allem die PR-Arbeit im Zusammenhang mit dem Afghanistaninsatz verbessern: „Wir müssen vor allen Dingen versuchen, den Menschen in Deutschland zu vermitteln, warum die Bundeswehr in Afghanistan eingesetzt ist.“⁴² Damit formulierte die FDP-Politikerin im Grunde die Schlüsselfrage, die für die Vermittlung des Bundeswehreinsetzes in Afghanistan in der deutschen Öffentlichkeit maßgebend ist. Für die CDU sprach im ähnlichen Ton Andreas Schockenhoff: „Wir Parlamentarier stellen uns der schwierigen Aufgabe, der Bevölkerung den Afghanistaninsatz zu erklären.“⁴³

Zusammenfassend kann man sagen, dass es vor dem 4. September 2009 eine Menge Gelegenheiten dazu gab, die politische und öffentliche Debatte über den Afghanistaninsatz konsequent einzuleiten. Leider wurden solche Chancen eher verpasst und das Thema des militärischen Engagements am Hindukusch blieb im Hintergrund. Daran veränderte auch die Wahlkampagne im Sommer 2009 nichts,

³⁹ Merey, *Die afghanische Misere*, 224.

⁴⁰ Bauer und Seeger, „Politische Kommunikation“, 8.

⁴¹ *Ibid.*, 10.

⁴² Chauvistré, „Robuste Illusionen“, 94.

⁴³ *Ibid.*, 94.

auch wenn die Sozialdemokraten, namentlich Frank-Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel, versuchten, aus dem Auslandseinsatz im Afghanistan ein wichtiges Thema für die Bundestagswahlen zu machen. Anfang September veröffentlichte Steinmeier ein Dokument „Zehn Schritte für Afghanistan“, welches als Ausgangsbasis für weitere Entwicklungen in diesem Land dienen sollte. Dabei wurde unter anderem erstmals das Thema des Abzuges der deutschen Truppen aus Afghanistan erwähnt. Die einzige Partei, die im Bundestag vertreten ist und zugleich von Anfang an das deutsche Engagement in Afghanistan ablehnte – die Linke – betrieb Wahlkampf mit der Parole „Raus aus Afghanistan“.⁴⁴

Verpasste Unterstützung

Wenn man die Ergebnisse der Befragungen der deutschen Bevölkerung zum Auslandseinsatz in Afghanistan betrachtet, zeigt sich ein Widerspruch. Und zwar zwischen der hohen Unterstützung in den ersten Jahren des Einsatzes (im Jahre 2005 befürworteten 64 % der Befragten den Einsatz) und der Forderung der Mehrheit der Deutschen, sich aus Afghanistan zurückzuziehen, die sich in den letzten Jahren beobachten lässt. Aufgrund der Verschlechterung der Lage in Afghanistan lässt sich daraus ableiten, dass die deutsche Öffentlichkeit mit den Auslandseinsätzen einverstanden ist, wenn diese auf der Basis der Wiederaufbauleistungen stattfinden.⁴⁵ Wenn das stimmt, entspricht die öffentliche Wahrnehmung des Afghanistaneinsatzes jedoch wieder nicht den Tatsachen: „Selbst die Militäreinsätze zugunsten einer Not leidenden Bevölkerung sind alles andere als ungefährlich: Wer wirklich helfen will, muss auch in Kauf nehmen, eine Intervention gegen den Widerstand einzelner Konfliktparteien militärisch zu erzwingen.“⁴⁶

Die niedrige Zustimmung der deutschen Bevölkerung zum Afghanistaneinsatz hängt auch mit den nicht gerade optimistischen Erfolgsaussichten auf die weitere Entwicklung im Lande zusammen. Einer Meinungsumfrage des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr aus dem Jahre 2007 zufolge gaben 39 % der Befragten „die geringen Erfolgsaussichten“ als einen Grund für den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan an.⁴⁷ Damit stellt sich die Frage, was wird mit einer solch

⁴⁴ Markus Bickel, „SPD will raus aus Afghanistan – auf Raten“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 22. Januar 2010.

⁴⁵ Bauer und Seeger, „Politische Kommunikation“, 10.

⁴⁶ Michael Rühle, „Am Rubikon der Kampfeinsätze“, *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 4. Februar 2008.

⁴⁷ Rüdiger Fiebig, „Auslandseinsätze der Bundeswehr“, in *Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland: Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung des*

niedrigen öffentlichen Unterstützung für den Afghanistaneinsatz, wenn es zu einem Ereignis kommt, wie im Falle des Luftangriffes in Kundus, das die Öffentlichkeit schockiert? Denn wenn man sich die Einzelheiten des Luftangriffes in Kundus vor Augen hält, kommt man zum Schluss, dass er genau solche Voraussetzung erfüllte.

Der „Kundusfall“

Am 4. September 2009, kurz vor den Bundestagswahlen in Deutschland, führten amerikanische F-15-Flugzeuge in der Nähe der Stadt Kundus, Hauptstadt der gleichnamigen Provinz, den Befehl des deutschen Oberst Georg Klein aus und bombardierten zwei Tanklaster, die von Talibankämpfer gestohlen worden waren. Dabei kamen neben den Aufständischen auch viele Zivilisten ums Leben, was erst später ans Licht kam. Die afghanischen Dorfbewohner wollten vor Ort den Sprit aus den Lastern abzapfen. Einem Untersuchungsbericht der NATO zufolge verlor er bei dem Luftangriff insgesamt 142 Menschen ihr Leben.⁴⁸

Auch wenn dieses Ereignis eine wichtige Zäsur darstellte, in dem Sinne, dass zum ersten Mal seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ein deutscher Befehlshaber eine Bombardierung solchen Ausmaßes anordnete, an Relevanz gewann der Luftangriff in Kundus erst nach den Bundestagswahlen Ende September 2009. Damals stellte sich heraus, dass der neuernannte Bundesminister für Arbeit und Soziales, Franz Josef Jung, Anfang des Monats noch der Verteidigungsminister der Großen Koalition, die Informationen über die zivilen Opfer verschwiegen hatte. Zugleich zögerte er, den Vorfall ordentlich zu untersuchen. Aufgrund dieser Tatsachen und großer Kritik von Seiten der Opposition wurde er kurz nach der Ernennung zum Rücktritt gezwungen.⁴⁹

Seit dieser Enthüllung wurden die Einzelheiten und die neuen Tatsachen über den „Kundusfall“, beziehungsweise den „Fall Klein“, heftig in den deutschen Medien diskutiert. Dabei wurden vor allem zwei Themen besprochen. Erstens riefen die bisher nicht geklärten Umstände des Luftangriffes in Kundus die Frage der Notwendigkeit auf die Tagesordnung. Man fragte sich, inwieweit der Angriff der gefährdeten Sicherheitslage der deutschen Einheiten in Kundus geschuldet

Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr (Forschungsbericht 86), hrsg. v. Thomas Bulmahn (Strausberg: Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr, 2008), 123.

⁴⁸ Christian Schaller, „Rechtssicherheit im Auslandseinsatz. Zum völkerrechtlichen Charakter des Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan“, *SWP-Aktuell*, Nr. 67 (Dezember 2009): 2.

⁴⁹ „Neue Vorwürfe gegen Jung“, *Spiegelonline*, 27. November 2009, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,663747,00.html> (letzter Zugriff: 21. 8. 2011).

war. War er erforderlich?⁵⁰ Zweitens wurde die Bedeutung und Relevanz der deutschen Teilnahme an der ISAF Mission Teil der Debatte.⁵¹

Im Hinblick auf die hohe Zahl der Zeitungsaufsätze bezüglich des Afghanistaneinsatzes in der Zeit seit dem September 2009, vor allem bis zum Ende des Jahres, lässt sich sagen, dass dieses Thema allmählich eine von den am meisten diskutierten innenpolitischen Fragen in Deutschland wurde. Diese Diskussion dauerte über ein halbes Jahr bis zur internationalen Konferenz in London im Januar 2010, auf welcher die weitere Entwicklung in Afghanistan verhandelt wurde. Der Luftangriff bei Kundus brachte auch einige Veränderungen im Bundesverteidigungsministerium hervor. Der neue Bundesverteidigungsminister Karl Theodor zu Guttenberg (CSU) entließ die zwei wichtigsten Männer der Armee, den Staatssekretär Peter Wichert und den Generalinspekteur der Bundeswehr, Wolfgang Schneiderhan. Grund dafür war der Vertrauensverlust und eine mangelhafte Benachrichtigung des Ministers. Infolgedessen bezeichnete Guttenberg den Luftangriff in Kundus als „militärisch angemessen“, was er später anhand der neuen Dokumente, die vorher angeblich wegen der beiden Generäle nicht zur Verfügung standen, zurücknahm.⁵²

Aufgrund der neuen, bis dahin nicht bekannten Umstände des Luftangriffes in Kundus, die stets durch die Medien publiziert worden sind, und wegen der übereilten Äußerungen des Verteidigungsministers wurde die Debatte über den Afghanistaneinsatz noch weiter intensiviert. Die Deutschen fingen an, sich auch wegen des nicht ausreichend transparenten Handelns seitens der Politiker die Frage nach dem Sinn des militärischen Engagements am Hindukusch und der Gründe, die dazu führen, zu stellen. Ist der Einsatz im deutschen Interesse, beziehungsweise wird dadurch die Sicherheit Deutschlands geschützt? Warum sollte man sich am Hindukusch weiter engagieren?

Mit Hinblick auf die vielen ungeklärten Tatsachen, die mit dem Luftangriff in Kundus verbunden waren, leitete der geheime Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages auf der Grundlage des Verteidigungsausschusses ein Verfahren ein, welches die einzelnen Aspekte des Vorfalls klären sollte. Besonders wichtig war die Frage, wer wann über die zivilen Opfer wusste.⁵³ Spekuliert wurde unter anderem darüber, dass Oberst Klein vor dem Angriff auf die Tanklastzüge das Risiko der hohen zivilen Opferanzahl bewusst war und er trotzdem den Befehl

⁵⁰ Klar ist, dass die deutsche Reaktion von Angst vor einem Anschlag beeinflusst wurde, weil die entführten Tanklaster in der Nähe des deutschen Lagers waren.

⁵¹ Ralf von Beste et al., „Warum sterben unsere Kameraden?“, *Der Spiegel*, Nr. 16 (2010).

⁵² Ulrike Demmer und John Goetz, „Meister der Verteidigung“, *Der Spiegel*, Nr. 50 (2009).

⁵³ „Union: „SPD betreibt das Spiel der Taliban“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 27. März 2010.

erteilte.⁵⁴ In diesem Fall hätte er dann die Einsatzregeln der NATO in Afghanistan, die Comisaf Tactical Directive vom Juli 2009, gebrochen.⁵⁵ Dabei geht es vor allem darum, dass die Soldaten alles dafür tun müssen, um den Zivilisten nicht zu schaden. Zu solchen Bombardierung, die große Opferzahlen in Kauf nimmt, kann es nur unter einer Bedingung kommen, und zwar wenn eine unmittelbare Bedrohung für das deutsche und für das ISAF-Kontingent besteht.⁵⁶

Aufgrund der Tatsachen und Folgen des Tanklaster-Bombardements von Kundus wurde gegen Oberst Klein von der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe ermittelt. Dabei war die Hauptfrage, ob er nicht durch den Befehl zum Luftangriff gegen das Völkerstrafgesetzbuch verstieß. Die Behörde in Karlsruhe bezeichnete die Lage in Afghanistan als einen nichtinternationalen bewaffneten Konflikt. Wenn es sich gezeigt hätte, dass er die völkerrechtlich gebotenen Vorsichtsmaßnahmen nicht berücksichtigt, hätte er nach deutschem Recht verurteilt werden können.⁵⁷

Wenn man alle Umstände in Betracht zieht, die mit dem Luftangriff in Kundus verbunden sind, lässt sich sagen, dass aufgrund dieses Zwischenfalls die geeigneten Voraussetzungen für den Beginn der bis dato fehlenden beziehungsweise nicht genügenden Debatte über den Afghanistaneinsatz geschaffen wurden. Könnte daher der „Kundusfall“ als möglicher Katalysator für eine solche Debatte gedient haben? Es wurde schon darauf hingewiesen, dass es im Verlauf der Jahre 2006–2008 einige gute Gelegenheiten für eine solche Debatte gegeben hätte. Vielleicht ist aber ein wirklicher Schock nötig gewesen, damit die deutsche Öffentlichkeit erwachte und sich gründlich mit einem Thema befasst, welches vorher eher im Hintergrund stand. Dabei geht es auch darum, einzuschätzen, ob sich die Wahrnehmung des Afghanistaneinsatzes in der deutschen Öffentlichkeit nach diesem Vorfall verändert hat.

Ein neuer Blickwinkel auf den Einsatz in Afghanistan

Der deutschen Öffentlichkeit wurde erst nach diesem Vorfall bewusst, dass es sich in Afghanistan nicht mehr um eine Stabilisierungsmission handelte. Genau das behaupteten jedoch lange Zeit die Politiker bezüglich dieses militärischen

⁵⁴ Ulrike Demmer und Matthias Gebauer, „SPD wirft Bundeswehr-Generälen Vertuschung vor“, *Spiegelonline*, 6. März 2010, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,682018,00.html> (letzter Zugriff: 20. 6. 2011).

⁵⁵ „Tactical Directive NATO/ISAF“, http://www.nato.int/isaf/docu/official_texts/Tactical_Directive_090706.pdf (letzter Zugriff: 20. 6. 2011).

⁵⁶ Interview von Jochen Spengler mit Rainer Arnold, „Politisch-ethisch nicht zu verantworten“, *Deutschlandradio*, http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/1122689/ (letzter Zugriff: 14. 6. 2011).

⁵⁷ Reinhard Müller, „Ein Fall für Karlsruhe“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19. März 2010.

Einsatzes. Die Deutschen mussten ihre Vorstellung aufgeben, dass die deutschen Soldaten vor Ort einen anderen Einsatz ausübten als die Amerikaner oder Briten, die die schwersten Kämpfe im Süden und Osten des Landes führten.⁵⁸ Diesen Eindruck konnte man aufgrund der Äußerungen vieler deutscher Politiker gewinnen.

Im Vergleich zu der Zeit vor dem Luftangriff vom 4. September 2009 wurde klar, dass die deutschen Soldaten neben der Entwicklungshilfe in Afghanistan einen Kampf gegen die Aufständischen vor Ort führten. Diese Erkenntnis war aber für die meisten Deutschen etwas Neues. Wie bereits schon angeführt wurde, war die deutsche Öffentlichkeit jedoch noch nicht imstande, den Kampfeinsatz der deutschen Soldaten im Ausland zu akzeptieren. Diese Tatsache führte nach dem „Kundusfall“ dazu, dass die öffentliche Unterstützung noch weiter sank.⁵⁹

Der Fall von Kundus enthüllte unter anderem eine Diskrepanz zwischen der Politik und der Öffentlichkeit. Während die meisten Deutschen skeptisch gegenüber dem steigenden Ausmaß des militärischen Engagements blieben, wuchs das deutsche militärische Engagement stetig. Aufgrund der Beschlüsse der deutschen politischen Entscheidungsträger engagierte sich Deutschland zunehmend militärisch im Ausland, multilateral im Rahmen der NATO und der UNO.⁶⁰

Des Weiteren stellte sich heraus, dass die Deutschen über das tatsächliche Ausmaß des Konfliktes und die Rolle der Bundeswehr in Afghanistan nicht ausreichend informiert waren. Auch wenn darauf schon vor dem 4. September 2009 viele Experten hingewiesen hatten, erst nach diesem Angriff wurde das ebenfalls der deutschen Öffentlichkeit bewusst. Die deutschen Politiker waren nicht dazu bereit, sich die reale Situation in Afghanistan einzugestehen. Zugleich befürchteten sie, im Zusammenhang mit der ISAF Mission in Afghanistan den Begriff „Krieg“ in den Mund zu nehmen, teilweise auch wegen verfassungsrechtlicher Gründe.⁶¹ Die Regierungsmitglieder und die Vertreter der Bundeswehr erklärten den Menschen nicht, was sich in Afghanistan tatsächlich abspielte.⁶² Das belegt auch die Meinungsumfrage des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr vom Ende des Jahres 2009. Darin zeigt sich, dass 56 % der Deutschen „nichts konkretes“ über die Mission ISAF wussten oder nie darüber gehört hatten.⁶³

⁵⁸ Henning Riecke, „Dranbleiben in Afghanistan“, *DGAP Standpunkt* (Januar 2010): 4.

⁵⁹ Markus Kaim und Pia Niedermeier, „Zukunft des deutschen ISAF-Einsatzes. Sicherheitspolitische Schlüsselfragen für die Londoner Afghanistan-Konferenz“, *SWP-Aktuell* (Januar 2010): 1.

⁶⁰ Janes Jackson and Jan Techau, „Looking ahead: The United States, Germany and Europe in 2020“, *AICGS Policy Report*, Nr. 40 (2009): 28.

⁶¹ Sebastian Fischer, „Gutenberg erklärt den Krieg“, *Spiegelonline*, 6. April 2010, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,687468,00.html> (letzter Zugriff: 21. 6. 2011).

⁶² „10 Fragen an einen Soldaten“, *Stern*, Nr. 4 (2010).

⁶³ Michael F. Harsch, „Verkürzte Debatte, mangelhafte Strategie“, *Neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte* 56, Nr. 12 (2009): 46–48.

Das zeugt davon, dass die deutsche Öffentlichkeit nicht nur keine reale Vorstellung über die Art und Weise des militärischen Engagements der Bundeswehr in Afghanistan hatte, sondern auch davon, dass sie nur wenig davon wusste. Wenn es anders gewesen wäre, wäre die deutsche Öffentlichkeit durch den Luftangriff bei Kundus nicht so geschockt gewesen. Am 4. September 2009 stellte sich für die Deutschen das erste Mal heraus, dass in Afghanistan „auch getötet und gestorben wird“.⁶⁴

Dem Politologen Markus Kaim von der Stiftung für Wissenschaft und Politik in Berlin zufolge wurde den Deutschen aufgrund des Luftangriffes unter anderem die Absenz der markanten Erfolge bewusst. Gleichsam wurde man der Verschlechterung der Sicherheitslage in Afghanistan gewahr.⁶⁵ Auch wenn man darüber schon seit dem Jahr 2005, als es zur Wiedererstarkung der Taliban kam, mindestens im Expertenkreis sprach. Es wurde klar, dass man das Thema „Afghanistan-einsatz“ lange Jahre nicht besprochen hatte. Dadurch war bei den Menschen ein Gefühl entstanden, dass in dem Land alles in bester Ordnung sei.⁶⁶

Im Hinblick auf die diffuse „Berichterstattung“, was den Afghanistaneinsatz betrifft, kommen wir erneut zu der Frage, ob dahinter nicht ein Vorsatz steckte. Dieses Thema wurde zwar im Text bereits behandelt, aber nach dem Luftangriff in Kundus, vor allem im Hinblick auf das nicht transparente Handeln in der Zeit nach diesem Vorfall, bekam der Eindruck der mangelhaften Berichterstattung neue Konturen. Marc Lindemann, ein ehemaliger Nachrichtenoffizier der Bundeswehr, der auch in Kundus stationiert war, macht dafür in diesem Kontext die deutschen Politiker und die Ministerien für Verteidigung, Inneres, das Auswärtige Amt sowie das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung verantwortlich.⁶⁷ Das Fehlverhalten der Politiker sehen ebenfalls die Soldaten, die in Afghanistan eingesetzt wurden. Den Soldaten zufolge verschwiegen die Politiker die Wahrheit wegen der ablehnenden Haltung der deutschen Öffentlichkeit zum Afghanistaneinsatz.⁶⁸

Henning Riecke von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik ist mit diesen Ansichten völlig einverstanden. Die Politiker waren nicht willens, mit dem

⁶⁴ Interview von Stefan Heinlein mit Marc Lindemann, „Man hat sich gescheut, in Deutschland die Wahrheit zu sagen“, *Deutschlandradio*, 26. Januar 2010, http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/1112982/ (letzter Zugriff: 20. 5. 2011).

⁶⁵ Interview von Friedbert Meurer mit Markus Kaim, „Schwarzgelb spielt bei Afghanistan-Einsatz ‚auf Zeit‘“, *Deutschlandradio*, 21. Dezember 2009, http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/1091764/ (letzter Zugriff: 20. 1. 2011).

⁶⁶ Joachim Zeppelin, „Wende in der Afghanistan-Politik war überfällig“, *Financial Times Deutschland*, 31. Januar 2010.

⁶⁷ „10 Fragen an einen Soldaten“.

⁶⁸ Ralf von Beste et al., „Warum sterben unsere Kameraden?“, *Der Spiegel*, Nr. 16 (2010).

Krieg in Afghanistan verbunden zu werden, die Verantwortung dafür zu übernehmen und sich mit den Zielen der ISAF-Mission zu identifizieren. Dieses Handeln, beziehungsweise jene Art der Kommunikation, war jedoch nicht mehr länger aufrechtzuerhalten, als es zu einer weiteren Verschlechterung der Sicherheitslage in Afghanistan kam und eine höhere Anzahl von gefallenen deutschen Soldaten zu beklagen war.⁶⁹

Es ist offensichtlich, dass die deutsche politische Elite die Vermittlerrolle bezüglich des Afghanistaneinsatzes nicht bewältigte. Wie anders kann erklärt werden, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel die erste Regierungserklärung zum Afghanistaneinsatz im September 2009, erst nach dem Luftangriff in Kundus, abgab?⁷⁰ Zu diesem Zeitpunkt war Merkel bereits vier Jahre im Amt. War eine militärische und politische Katastrophe, das heißt ein Luftangriff mit vielen zivilen Opfer, dazu notwendig?⁷¹ Ulrich Kirsch, der Vorsitzende des Bundeswehrverbands, stimmt dem zu: „Bei uns muss immer etwas passieren, bevor etwas passiert. Deswegen war der Luftschlag vom 4. September ein Auslöser für die Diskussion, die wir jetzt haben.“⁷²

Krieg oder „kriegsähnlicher Zustand“?

Der Luftangriff in Kundus hatte unter anderem Konsequenzen für die Kommunikation der Bundesregierung. Infolgedessen war es nicht mehr möglich, den Afghanistaneinsatz damit zu begründen, dass es dazu „keine Alternative“ gäbe, was eigentlich alle Regierungskoalitionen seit dem Jahre 2001 betont hatten.⁷³ Einen zentralen Aspekt dabei stellte die Tatsache dar, dass die deutschen Politiker während des Afghanistaneinsatzes vermieden, die Umstände vor Ort mit dem Wort „Krieg“ zu bezeichnen. Ein klassisches Beispiel dafür ist die Erklärung vom grünen Außenpolitiker Jürgen Trittin: „Es ist ein Grundirrtum, dass in Afghanistan Krieg geführt wird.“⁷⁴ Mittels solcher Äußerungen sollte auf keinen Fall der Eindruck entstehen, dass sich Deutschland am Krieg beteiligt. Für den Afghanistaneinsatz wurde die ganze Zeit meistens die Bezeichnung Stabilisierungsmission beziehungsweise Friedenseinsatz benutzt. Den Experten zufolge musste die Lage

⁶⁹ Riecke, „Dranbleiben“, 1–2.

⁷⁰ Harsch, „Verkürzte Debatte“, 47.

⁷¹ Zeppelin, „Wende in der Afghanistan-Politik war überfällig“.

⁷² „Kundus-Debatte ist zur Schlammschlacht mutiert“, Interview mit Ulrich Kirsch, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21. Januar 2010.

⁷³ Berthold Kohler, „Si vis pacem“, *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 18. April 2010.

⁷⁴ Chauvistré, „Robuste Illusionen“, 94.

in Afghanistan jedoch schon seit dem Jahre 2004 als Krieg bezeichnet werden.⁷⁵ Mitglieder der Partei Die Linke hatten im Übrigen im Zusammenhang mit dem Tornado-Einsatz bereits im Oktober 2007 konstatiert, dass sich die Bundeswehr in Afghanistan im Krieg befand. Die Bundesregierung wollte das aber nicht akzeptieren, auch wenn zu diesem Schritt einige Experten bereits vor dem 4. September 2009 aufforderten.⁷⁶

Der Luftangriff in Kundus änderte dies. Danach war es nicht mehr möglich, das Wort „Krieg“ im Hinblick auf den Afghanistaneinsatz zu vermeiden. Als erster veränderte die Rhetorik in diesem Sinne der Bundesverteidigungsminister Karl Theodor zu Guttenberg, indem er die Lage in Afghanistan im November 2009 als „kriegsähnlichen Zustand“ bezeichnete. Drei Monate später folgte ihm mit einer Erklärung Außenminister Guido Westerwelle: „Der Bundeswehreininsatz in Afghanistan sei als bewaffneter Konflikt im Sinne des humanitären Völkerrechts zu qualifizieren.“⁷⁷

Des Weiteren beeinflusste die zunehmende Verwendung der „Kriegsrhetorik“ die Ereignisse in den Aprilwochen im Jahr 2010, als während einer kurzen Zeit sieben deutsche Soldaten in Afghanistan fielen. Aufgrund dessen bezeichneten die Regierungsmitglieder das erste Mal seit 2001 den Konflikt in Afghanistan als „Krieg“, was vorher niemand so direkt hatte sagen wollen. Erst bei der Trauerfeier im April zum Anlass der gefallenen Soldaten identifizierte sich die Bundeskanzlerin mit den Worten der deutschen Soldaten aus der Provinz Kundus, die über den Krieg in Afghanistan sprachen.⁷⁸

Das gleiche tat der Bundesverteidigungsminister Karl Theodor zu Guttenberg, als er vorsichtig im Zusammenhang mit dem Afghanistaneinsatz erklärte: „Auch wenn es nicht jedem gefällt, so kann man angesichts dessen, was sich in Afghanistan, in Teilen Afghanistans abspielt, durchaus umgangssprachlich – ich betone umgangssprachlich – in Afghanistan von Krieg reden.“⁷⁹ Überdies forderte Merkel die Politiker zum Bekenntnis zum Afghanistaneinsatz auf: „Wir können von unseren Soldaten nicht Tapferkeit erwarten, wenn uns selbst der Mut fehlt, uns zu dem zu bekennen, was wir beschlossen haben.“⁸⁰

⁷⁵ Michael Brzoska und Hans-Georg Ehrhart, „Raus aus Afghanistan? Exit-Optionen für Deutschland!“, http://www.ifsh.de/IFSH/aktuelles/akt_stellung_be.htm (letzter Zugriff: 20. 4. 2011).

⁷⁶ Chauvistré, „Robuste Illusionen“, 95.

⁷⁷ Sebastian Fischer, „Guttenberg erklärt den Krieg“, *Spiegelonline*, 6. April 2010, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,687468,00.html> (letzter Zugriff: 21. 6. 2011).

⁷⁸ „Letztes Geleit für getötete Soldaten“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 10. April 2010.

⁷⁹ „Guttenberg verteidigt Einsatz als alternativlos“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 4. Oktober 2010.

⁸⁰ Sebastian Fischer und Veit Medick, „Stunde der Kriegserklärer“, *Spiegelonline*, 22. April 2010, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,690590,00.html> (letzter Zugriff: 18. 5. 2011).

Freilich muss hier ergänzt werden, dass in der Regel die militärischen Verluste in der öffentlichen Wahrnehmung ein sensibles Thema darstellen, vor allem, wenn es nicht um einen Verteidigungskrieg geht. Wenn dabei noch das Gefühl entsteht, dass die Soldaten „umsonst“ ihr Leben verlieren, gewinnt das um so mehr an Brisanz.⁸¹ Damit ist die nicht ausreichende oder wenig nachvollziehbare Begründung der Teilnahme an der Mission gemeint. Zugleich kann sich die Öffentlichkeit schwieriger mit den Opfern abfinden, wenn der Einsatz als ein abstrakter Weltordnungskrieg oder eine humanitäre Intervention wahrgenommen wird. Wenn dabei auch noch das Einsatzziel nicht klar definiert ist, was für Afghanistan einigermäßen zutrifft, ist es für die politischen Entscheidungsträger schwieriger, die Verluste in den Reihen von deutschen Soldaten zu rechtfertigen. Man spricht in diesem Zusammenhang von einer „Opferfalle“.⁸²

Hervorzuheben ist dabei die Tatsache, dass die öffentliche Zustimmung zum Afghanistaneinsatz immer dann besonders belastet wird, wenn deutsche Soldaten ums Leben kommen oder verletzt werden.⁸³ Die Soldaten können in einem Einsatz, wie es in Afghanistan der Fall ist, auch in Kampfhandlungen verwickelt zu werden. Solche Risiken, die aus dem Auftrag der Bundeswehr in Afghanistan hervorgehen, wurden allerdings in der deutschen Öffentlichkeit nicht ausreichend vermittelt. Eine wichtige Rolle bezüglich der öffentlichen Haltung spielt auch die Anzahl der zivilen Opfer, in diesem Fall der Afghanen, die infolge der militärischen Operationen vorkommen. Als ein klassisches Beispiel kann in diesem Sinne der „Kundusfall“ dienen.

Aufgrund der Eingliederung des Wortes „Krieg“ in die offiziellen Reden der deutschen politischen Entscheidungsträger und der Folgen des 4. Septembers, wurde der deutschen Öffentlichkeit bewusst, dass die deutschen Soldaten und zugleich die Zivilisten in Afghanistan mehr bedroht sind, als dies während der ganzen Zeit des Einsatzes offiziell erklärt wurde. Das verstärkte noch den öffentlichen Druck auf eine konkrete Abzugsperspektive.⁸⁴

Schließlich reichten nur ein paar Monate dazu, dass man sich in der politischen Debatte vom Begriff „Stabilisierungsmission“ beziehungsweise „Friedenseinsatz“ verabschiedete, dann zunächst eine Wortschöpfung wie „kriegsähnlicher Zustand“ benutzte, bis es zur Nutzung des „Tabuwortes“ „Krieg“ kam. Das, was über acht Jahre undenkbar war, veränderte sich schnell, vor allem aufgrund des

⁸¹ Müller Harald et al., „Demokratie, Streitkräfte und militärische Einsätze: Der ‚zweite Gesellschaftsvertrag‘ steht auf dem Spiel“, *HSFK Report*, Nr. 10 (2010): 5.

⁸² *Ibid.*, 6.

⁸³ Wilfried von Bredow, „Nicht nur Kollateralschäden“, *Internationale Politik*, Nr. 64 (April 2009): 56.

⁸⁴ Müller et al., „Demokratie“, 22.

Zwischenfalls in Kundus und der steigenden Anzahl der gefallenen deutschen Soldaten. Daraus ergibt sich die Frage, was die deutschen Politiker an der öffentlichen Anerkennung des Umstands, dass die deutschen Soldaten am Hindukusch einen Krieg führen, hinderte.

Einerseits steckte dahinter eine Befürchtung, dass diese Tatsache die ablehnende Haltung der Bevölkerung zum militärischen Engagement in Afghanistan noch weiter hätte vertiefen können.⁸⁵ Andererseits könnte die offizielle Anerkennung, dass man in Afghanistan einen Krieg führt, die Rechtssicherheit für die deutschen Soldaten im Einsatz gefährden. Konkret ging es um die Frage, was die deutschen Soldaten, die nach Afghanistan geschickt wurden, im Kampf gegen die Aufständischen und Terroristen unternehmen durften. War es rechtlich zulässig, auch anzugreifen, oder waren die Soldaten beim Gewalteinsatz nur zur Verteidigung ermächtigt? Und wenn man gegen diese Regeln verstieß, drohte den Soldaten daraufhin ein Gerichtsverfahren?

Um die rechtliche Stellung der Soldaten in Afghanistan festzustellen, muss man die Konfliktlage im Lande präzise völkerrechtlich einordnen. Diese definierte die Bundesstaatsanwaltschaft in Karlsruhe im humanitär-völkerrechtlichen Rahmen als einen „nichtinternationalen, bewaffneten Konflikt“.⁸⁶ Infolgedessen entschied in April 2010 die Bundesanwaltschaft, kein Disziplinarverfahren gegen Oberst Klein, den Befehlshaber des Bombardements nahe Kundus, anzustrengen. Dadurch wurde er formal rehabilitiert, obwohl er gegen die Einsatzregeln der NATO verstoßen hatte. Der wichtigste Vorbehalt dabei war, dass Klein den amerikanischen Jagdbomberpiloten versicherte, die deutschen Soldaten seien durch die entführten Tankklaster direkt bedroht. Das stimmte, wie die Untersuchung der NATO feststellte, aber nicht.⁸⁷

Die Umstände und Folgen des Luftangriffs bei Kundus im Herbst 2009, bei dem viele Zivilisten ums Leben kamen, hatten auch eine finanzielle Entschädigung der Opferfamilien zur Folge. Jede der 102 Familien bekam einmalig 5 000 Dollar. Die Bundeswehr wollte damit einen Rechtsstreit mit den Angehörigen der zivilen Opfer vermeiden.⁸⁸

⁸⁵ Joscha Schmieder, „Kriegswirren. Afghanisches Durcheinander in deutschen Köpfen“, 17. Juli 2009, <http://www.boell.de/internationalepolitik/aussensicherheit/aussen-sicherheit-7198.html> (letzter Zugriff: 27. 2. 2011).

⁸⁶ Schaller, „Rechtssicherheit“, 1–3.

⁸⁷ Ulrike Demmer, „Trotziger Korpsgeist“, *Der Spiegel*, Nr. 34 (2010).

⁸⁸ Matthias Gebauer, „Bundeswehr zahlt Angehörigen halbe Million Dollar“, *Spiegelonline*, 5. August 2010, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,710355,00.html> (letzter Zugriff: 20. 3. 2011).

Zunehmende Skepsis

Angesichts der Kontroversen, die mit dem „Kundusfall“ verbunden sind, fällt auf, dass die öffentliche Unterstützung des Afghanistaneinsatzes davon nicht beeinflusst wurde. Im Mai 2010, das heißt acht Monate nach dem Vorfall, lehnten dem Institut für Demoskopie in Allensbach zufolge 65 % Deutschen die Fortsetzung des deutschen militärischen Engagements in Afghanistan ab. Zugleich zögerten 86 % der Befragten im Unterschied zu den Politikern nicht, sich dazu zu bekennen, dass die deutschen Soldaten in diesem Land einen Krieg führten.⁸⁹

Wenn man mittels der Daten des Instituts Forsa die öffentliche Unterstützung für den Afghanistaneinsatz vergleicht, insbesondere im Hinblick auf die möglichen Folgen des Luftangriffes in Kundus, kommt man zur Feststellung, dass zwischen September 2009 und April 2010 die Ablehnung des Einsatzes um sieben Prozentpunkte stieg, von 55 % auf 62 %.⁹⁰ Ähnliches zeigt auch die Meinungsfrage des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr. Aus der beigefügten Tabelle geht klar hervor, dass die öffentliche Zustimmung zum Afghanistaneinsatz im Jahr 2009 um 14 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr sank. Im Jahre 2010 setzte diese Abnahme fort: Die Zustimmung sank nochmal von 50 % im Jahre 2009 auf nun nur 44 %, die den Einsatz befürworteten.⁹¹ Freilich muss hier ergänzt werden, dass die Abnahme der Unterstützung für den Afghanistaneinsatz im Jahre 2006 um 15 Prozentpunkte vor allem durch den Skandal um die Totenschädel hervorgerufen wurde.⁹²

Dieses Ergebnis konnten auch andere Tatsachen bewirken, zum Beispiel die steigende Anzahl der deutschen Gefallenen in Afghanistan, aber vieles spricht dafür, dass das Bombardement nahe Kundus und die damit verbundenen Umstände den größten Einfluss darauf hatten. Es ist in diesem Zusammenhang wichtig darauf hinzuweisen, dass aufgrund des 4. Septembers 2009 der Kenntnisstand über den Afghanistaneinsatz in der deutschen Öffentlichkeit merklich

⁸⁹ Thomas Petersen, „Wird Deutschland am Hindukusch verteidigt“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 26. Mai 2010.

⁹⁰ „Regierung: Kein neues Mandat nötig“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 14. April 2010.

⁹¹ Thomas Bulmahn, „Einstellung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr“, in *Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2010 des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr* (Forschungsbericht 94), hrsg. v. Thomas Bulmahn (Strausberg: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, 2011), 39.

⁹² Carolin Hilpert, „Afghanistan und die Bundeswehr im Spiegel der Medien“, in *Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2010 des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr* (Forschungsbericht 94), hrsg. v. Thomas Bulmahn (Strausberg: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, 2011), 43.

stieg. Wenn man die Jahre 2008 und 2010 mittels der Daten des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr vergleicht, kommt man zu der Feststellung, dass im Jahre 2010 13 Prozentpunkte mehr (von 44 % auf 57 %) der Befragten die Fakten im Wesentlichen kannten. Gleichzeitig gaben im Jahr 2010 um 11 Prozentpunkte weniger (von 51 % auf 40 %) die Antwort „Weiß nichts konkretes“ über den ISAF Einsatz der Bundeswehr an.⁹³ Dies kann auch damit zu tun haben, dass sich die Berichterstattung über die Bundeswehr und Afghanistan in den deutschen Medien ab dem Jahre 2006 kontinuierlich intensivierte. Wie es an der folgenden Tabelle zu sehen ist, stellte allerdings das Jahr 2009, als es zum Luftangriff in Kundus kam, bildlich gesprochen den Gipfel der medialen Präsenz dar. Im Jahre 2010 war es ähnlich.⁹⁴

Tabelle: Zustimmung zum Auslandseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan (ISAF) im Zeitvergleich (in Prozent)

Jahr	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Anteil Zustimmung	64	49	60	64	50	44

Anmerkung: Die Anteile „Stimme vollkommen zu“, „Stimme überwiegend zu“ und „Stimme eher zu“ sind zusammengefasst.

Quelle: Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2010 des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr. Forschungsbericht 94, 2011, S. 39.

Eines ist aber klar. Je mehr die öffentliche Unterstützung für den Afghanistan-Einsatz sinkt, desto mehr geraten die deutschen Politiker unter Druck. Das zeigt sich auch an der Einstellung der im Bundestag vertretenen Parteien, die im Jahre 2001 die deutschen Soldaten nach Afghanistan schickten. Man kann in dieser Hinsicht aufgrund der Folgen des „Kundusfalls“ über ein Erodieren des All-Parteien-Konsens sprechen. Die zunehmenden Vorbehalte sind nicht nur bei den Grünen, sondern auch bei Teilen der SPD zunehmend feststellbar.⁹⁵ Des Weiteren

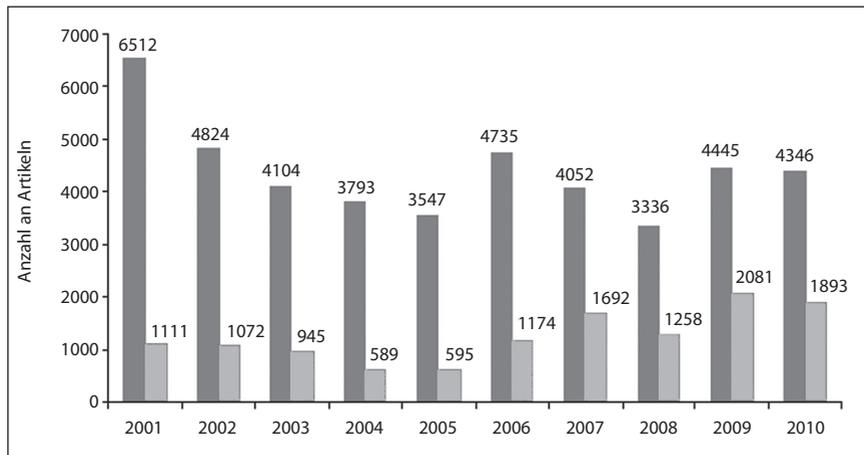
⁹³ Fiebig, „Auslandseinsätze der Bundeswehr“, 104; und Rüdiger Fiebig, „Kenntnisse über die Auslandseinsätze der Bundeswehr“, in *Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2010 des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr* (Forschungsbericht 94), hrsg. v. Thomas Bulmahn (Strausberg: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, 2011), 30.

⁹⁴ Hilpert, „Afghanistan“, 48.

⁹⁵ Interview von Friedbert Meurer mit Markus Kaim, „Schwarzgelb spielt bei Afghanistan-Einsatz ‚auf Zeit‘“.

stieg die Anzahl der Deutschen an, die der Beendigung des ISAF-Einsatzes in Afghanistan und dem Abzug aller Soldaten zustimmten. Im Jahre 2010 waren es 36 % der Befragten, im Vergleich zu 28 % im Jahre 2007.⁹⁶

Abbildung: **Berichterstattung zur Bundeswehr und Afghanistan**



Quelle: Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2010 des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr. Forschungsbericht 94, 2011, s. 48.

Rücktritt des Bundespräsidenten Horst Köhler

Dass das Thema des Afghanistaneinsatzes sorgfältig öffentlich behandelt werden muss, hat unter anderem der Rücktritt des Bundespräsidenten Horst Köhler, einem der beliebtesten deutschen Politiker, Ende Mai 2010 belegt. Köhler äußerte sich während eines kurzen Besuches in Afghanistan, wo er die deutschen Soldaten vor Ort befördern wollte, in einem Interview zu den Gründen für das Engagement der Bundeswehr in Afghanistan. „Meine Einschätzung ist aber, [...] dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall

⁹⁶ Fiebig, „Auslandseinsätze der Bundeswehr“, 122; und Fiebig, „Kenntnisse über die Auslandseinsätze“, 57.

auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege.“⁹⁷

Diese Aussage erregte viel Aufsehen, da sie als eine Begründung für Kriegseinsätze aus wirtschaftlichen Interessen interpretiert wurde. Auch wenn der Bundespräsident nachher solche Interpretationen ablehnte, konnte er diese eher unglückliche bzw. missverständliche Aussage nicht mehr zurücknehmen. Infolgedessen wurde er von allen Seiten heftig kritisiert.⁹⁸ Diese Kritik, ein Gefühl des nicht Verstehens und der nicht ausreichenden politischen Unterstützung bewog ihn dann zur Niederlegung seines Präsidentenamtes.⁹⁹ Die öffentliche Benennung der politischen Motive, die hinter dem militärischen Engagements in Afghanistan stecken, darf jedoch als einer der wichtigsten Impulse dafür angesehen werden. Daher kann auch hier im Grunde genommen ein Zusammenhang mit dem Fall von Kundus gesehen werden. Dies gilt vor allem im Hinblick auf die langjährige Vermeidung der Diskussion über das militärische Engagement Deutschlands in Afghanistan.

Schlussfolgerung

Der Fall von Kundus und die damit verbundenen Umstände und Folgen schufen im Grunde genommen die geeigneten Voraussetzungen für eine grundsätzliche politische und öffentliche Debatte über den Afghanistaneinsatz, die seit dem Jahr 2001 in Deutschland nicht wirklich stattfand. Die Hauptfrage lautet dabei, ob das Potenzial des 4. Septembers dafür ausgenutzt wurde, oder ob der Status quo erhalten blieb.

Es ist davon auszugehen, dass die Kontroversen, die den Fall von Kundus begleiteten, in der Tat einiges veränderten. Den Deutschen wurde aufgrund des Luftangriffs bei Kundus bewusst, dass die Soldaten der Bundeswehr nicht nur Entwicklungshilfe in Afghanistan leisteten, sondern dabei auch kämpfen mussten. In diesem Sinne stellte der Fall von Kundus bildlich gesprochen das Ende einer Illusion dar, in der die deutsche Öffentlichkeit einige Zeit lebte. Diese neue Wahrnehmung, verbunden mit den Risiken und Problemen eines solchen Einsatzes, wurde auch durch die steigende Opferanzahl des deutschen Kontingents im Frühling 2010 ermöglicht. Infolgedessen war das Bild über die afghanische

⁹⁷ Sebastian Fischer, Veit Medick und Severin Weiland, „Köhler geht in Deckung“, *Spiegelonline*, 27. Mai 2010, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,697144,00.html> (letzter Zugriff: 23. 4. 2011).

⁹⁸ Ibid.

⁹⁹ Eckart Lohse und Markus Wehner, „Die Einsamkeit des Präsidenten“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 6. Juni 2010.

Stabilisierungsmission nicht mehr zu halten und die deutschen Politiker konnten nicht mehr mit dieser Bezeichnung des Afghanistaneinsatzes arbeiten. Die Bundesregierung war unter dem medialen Druck, der aufgrund des 4. Septembers 2009 entstand, gezwungen, das Geschehen in Afghanistan entsprechend der Realität mit den richtigen Worten zu bezeichnen, was bisher vermieden worden war. Allmählich erkannten die Regierungsmitglieder an, dass es sich in Afghanistan um einen Krieg handelte.

Die deutsche Öffentlichkeit war über das reale Ausmaß des Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan nicht genug informiert und daher durch den Luftangriff schockiert. Zugleich wurde das niedrige öffentliche Interesse am Einsatz am Hindukusch durch das nicht ausreichende Engagement der Politiker bewirkt. Entweder wollten sich die Politiker die afghanische Realität nicht eingestehen oder diese aus wahltaktischer Raison verhüllen. Dahinter konnte eine Befürchtung stecken, dass mit der Anerkennung des realen Ausmaßes des Afghanistaneinsatzes die Akzeptanz des Afghanistanengagements in der deutschen Wählerschaft noch weiter gesunken wäre. Diese Vorstellung entpuppte sich als fehlerhaft und kontraproduktiv, wie das Bombardement nahe Kundus zeigte.

Zusammen mit der steigenden Anzahl der gefallenen deutschen Soldaten in Afghanistan bewirkte der Luftangriff in Kundus eine weitere Abnahme der öffentlichen und politischen Unterstützung der Mission. Gleichzeitig stimmten immer mehr Deutsche dafür, die Bundeswehr aus Afghanistan abzuziehen. Beides kann damit zusammenhängen, dass die mediale Berichterstattung zur Bundeswehr und Afghanistan in den Jahren 2009 und 2010 erheblich anstieg und die deutsche Öffentlichkeit über den Afghanistaneinsatz besser informiert wurde. Hier lässt sich einigermaßen konstatieren: Je mehr die Deutschen über das reale Ausmaß des Afghanistaneinsatzes wussten, desto mehr lehnten sie es ab.

Des Weiteren wählten die deutschen Politiker ein wenig geeignete Art der Kommunikation mit der Öffentlichkeit. Das veränderte sich erst nach dem 4. September 2009. Abgesehen von der Einsicht, dass der Konflikt in Afghanistan als ein Krieg bezeichnet werden kann, waren die deutschen Politiker gezwungen, die offizielle Begründung der Teilnahme am Einsatz zu verändern. Darüber hinaus forderte die Bundeskanzlerin Merkel erstmals öffentlich die deutschen Politiker zum größeren Bekenntnis zum Afghanistaneinsatz auf. Inwiefern dieses Thema sensibel war und ist, zeigte auch der plötzliche Rücktritt des Bundespräsidenten Horst Köhler, der mit seiner kritisierten Äußerung zu den angeblichen wirtschaftlichen Gründen für die Kriegsteilnahme zusammenhing.

Es lässt sich beobachten, dass die Debatte über den Luftangriff im Herbst 2009 bei Kundus vor allem mittels der Medien geführt wurde und die deutschen

Politiker erst danach darauf reagierten – und das vor allem aufgrund der in der Presse neu veröffentlichten Enthüllungen.

Eines ist aber klar: Nach dem Fall von Kundus wurde es auf jeden Fall sehr schwierig, das Vertrauen zumindest eines Teils der deutschen Bevölkerung zum Afghanistaneinsatz wiederzugewinnen. Wenn man noch dazu die gewisse Verlegenheit der politischen Entscheidungsträger betrachtet, was die Begründung der Mission am Hindukusch angeht, ist eher zusammen mit einer nicht gerade erfolgreichen Entwicklung am Hindukusch mit einer weiteren öffentlichen Abnahme der Zustimmung zum Einsatz zu rechnen. Dies kann neben dem größeren Druck auf die Politiker auch einen Einfluss auf weitere Auslandseinsätze der Bundeswehr haben. In der Zukunft wird es unerlässlich sein, eindeutig die Ziele des Auslandseinsatzes zu definieren, einschließlich des Verfahrens, wie es zu erreichen ist.

Deutschland muss grundsätzlich öffentlich diskutieren, wie weit die deutschen Sicherheitsinteressen reichen und welche Rolle dabei die Bundeswehr übernehmen sollte. Vielleicht war der Kundusfall dazu ein Impuls, er war jedoch kein Auslöser einer solchen Debatte. Insgesamt veränderte sich in diesem Sinne nicht so viel. Das Problem der Kommunikation zwischen Politikern und Bürgern dauert weiter an. Auch wenn sich ein neuer Zugang der deutschen Politiker zu dieser Problematik nach dem 4. September andeutet, vor allem in dem Sinne, sich für das deutsche militärische Engagements am Hindukusch mehr zu bekennen, reicht das nicht aus. Der Afghanistaneinsatz wurde im Jahre 2009 und 2010 zwar mehr diskutiert, aber das Potential des Falles von Kundus wurde von der politischen Elite nicht genügend ausgenutzt. Ob es bei den neuen verteidigungspolitischen Richtlinien von diesem Jahr anders sein wird, bleibt noch offen.